

Gustav W. Heinemann

Von Diether Koch

I.

Von vielen anderen Gestalten der deutschen Kirchengeschichte unterscheidet sich Gustav Heinemann in zweierlei Hinsicht: Er kam aus nichtkirchlicher Familie und wurde selbst erst mit fast dreißig Jahren Christ, und er wurde später in Kirche *und* Politik tätig und nahm jahrelang hohe kirchliche und politische Ämter gleichzeitig wahr.

Gustav Walter Heinemann wurde 1899 in Schwelm (Westfalen) geboren. Sein Vater Otto Heinemann, Sohn eines armen Hausschlachters in einer hessischen Kleinstadt, arbeitete sich in Essen bei der Firma Krupp zum Prokuristen, Chef des Büros für Arbeiterangelegenheiten und der Betriebskrankenkasse hinauf. Die Mutter Johanna Walter stammte aus einer Barmer Handwerkerfamilie, deren Überlieferung auf Revolutionäre der Jahre 1848/49 zurückging. Der Großvater mütterlicherseits war wie der Vater Stadtverordneter für eine freisinnige Bürgervereinigung; beide standen dem wilhelminischen Kaiserreich und der Kirche kritisch gegenüber. Der Vater gehörte dem freigeistigen Monistenbund an.

Der einzige Sohn Gustav, der 1909-17 das Reform-Realgymnasium in Essen besucht hatte, setzte als Student die demokratische und monistische Tradition der Familie fort. Während seines Studiums der Rechtswissenschaft, Volkswirtschaft und Geschichte, das er an den Universitäten Münster, Marburg, München, Göttingen und Berlin betrieb, war er in Studentengruppen der Deutsch-Demokratischen Partei tätig. »Wir müssen die Demokratie und die Republik aufnehmen in unser Fühlen und Denken«, notierte er schon als Zwanzigjähriger (G. H. 9, 36). Als Zeitfreiwilliger beteiligte er sich während des Kapp-Putsches in einer republikanischen Studentenkompanie am Schutze der Republik und wurde für kurze Zeit inhaftiert. Mit großer Deutlichkeit sah er die Borniertheit der politischen Rechten, die unter Professoren und Studenten dominierte. Wegen seines Eintretens für demokratische Zustände an der Hochschule wurde er mehrfach vor den Universitätsrichter zitiert.

»Nur den souveränen Menschen kann ich achten«, urteilte der Student 1921, »den Menschen, der sich nur verpflichtet fühlt aus eigenem, freien Willen, aus einem in ihm selbst begründeten Glauben«. Damit stand Heinemann »in schroffstem Gegensatz zu aller Religion, soweit sie dogmatisch ist«, und streifte »allen [226] Gottes- und Kirchenglauben als verstandesmäßig nicht erfaßbar« ab (G. H. 9, 126f., 178). Lange schien ihm der Monismus das ihm gemäße Weltbild zu sein. Doch stieß er schon früh auf dessen Grenzen, die er in der ungenügenden Begründung von Ethik sah. Sein eigenes Bemühen, alles verstandesmäßig zu erfassen, befriedigte ihn schon früh nicht mehr, ohne daß er jedoch eine neue Basis für ein Weltbild finden konnte. Einen Gottesglauben, der ihm »letzten Endes eine demütige Einstellung zum Leben« zu sein schien, lehnte er aber weiterhin ab (G. H. 9, 172).

Auch im Beruf suchte er Unabhängigkeit. Die Jurisprudenz erschien ihm geeignet, eine freie und selbständige Existenz zu ermöglichen. Jahrelang konzentrierte er seine Kräfte auf das Recht. Nachdem er schon 1921 den Dr. rer. pol. erworben hatte, promovierte er 1929 zum Dr. jur. Inzwischen hatte er sich in Essen als Rechtsanwalt niedergelassen und war Justitiar der Rechts- und Steuerabteilung der Rheinischen Stahlwerke geworden; nebenbei schrieb er zahlreiche Aufsätze über verschiedene Rechtsfragen, einen Kommentar zum Kassenarztrecht und ein Handbuch des Bergrechts.

Mit der evangelischen Kirche kam Heinemann erst 1926 durch seine Heirat mit der Bremer Kaufmannstochter Hilda Ordemann in nähere Berührung, die mütterlicherseits aus einer Pastorenfamilie stammte und u. a. Theologie studiert hatte. Entscheidend wurde für ihn 1927/28 die Begegnung mit dem 15 Jahre älteren Essener Pfarrer Friedrich Graeber, der ihm christlichen Glauben in Wort und Tat nahebrachte. Graeber interpretierte das Evangelium »so realistisch, daß es seinen Zuhörern nicht schwer wurde, ihre eigene Situation darin zu erkennen«. Er konnte aber »nicht nur Gottesdienst halten, sondern auch bedürftige Bauern ansiedeln und kranke Kumpels verarzten«. Heinemann sah sich von der »totalen Nüchternheit«, mit der »der Mensch in der Bibel gesehen wird«, überzeugt und auf »das Fundament« des Evangeliums von Jesus Christus gestellt (W. Koch, 25).

Zu Graebers politischer Haltung, einem ausgeprägten Nationalismus, bewahrte Heinemann als Demokrat Distanz. Politisch beteiligte er sich am Ende der Weimarer Republik im »Christlichen Volksdienst«, und in der Reichstagswahl vom März 1933 wählte er, zur Abwehr der Nationalsozialisten, die sozialdemokratische Partei.

Kirchlich stand er 1933 sogleich auf der Seite der sich bildenden Bekennenden Kirche. Im Sommer 1933 zum Presbyter der Evangelischen Gemeinde Essen-Altstadt gewählt, protestierte er in Briefen an Hitler und an den Reichsbischof Müller gegen die deutsch-christlichen Angriffe auf die Grundlagen des Christentums und der evangelischen Kirche. Er setzte sich als Mitschrift und Rechtsbeistand für den Jugendpfarrer Wilhelm Busch und für Pfarrer Graeber ein, die alsbald von den Kirchenbehörden ihrer Ämter entsetzt wurden. Er sann auf Auswege, um die selbständige kirchliche Arbeit vor dem Zugriff des Nationalsozialismus und der DC-Behörde zu erhalten, half bei der Gründung einer [227] Stadtmission mit unabhängigem Jugenddienst und sorgte vor allem für die Freie Presbyterianische Gemeinde, die Graeber innerhalb der Landeskirche gründete und für die Heinemann Räume und Mobiliar beschaffte. Mit Graeber zusammen gehörte er zu den Einladenden der ersten »Freien Evangelischen Synode im Rheinland«, die im Januar 1934 in Barmen zusammentrat und beide in Ämter der »Bekennenden Kirche« wählte. Im Mai nahm er an der Ersten Reichssynode der Evangelischen Kirche in Barmen teil.

Die dort formulierte Barmer Theologische Erklärung blieb für sein Leben wesentlich; auf den Text, den er zeitlebens in seiner Brieftasche bei sich führte, bezog er sich in öffentlichen wie privaten Erklärungen. Als sein Studienfreund, der Nationalökonom Wilhelm Röpke, 1935 brieflich für ein undogmatisches Christentum plädierte, lehnte er das im Sinn der Barmer Erklärung ab: »Entweder wird Christus geglaubt als der für uns Menschen gestorbene und auferstandene Sohn Gottes oder er wird es nicht. Entweder wird die Heilige Schrift angesehen als Bericht über die von Gott den Menschen gegebene Offenbarung seines Willens oder sie wird es nicht ... Es ist uns ärgerlich, daß wir nicht unsere eigenen Herren sein sollen. Und doch liegt eine unerhörte Freiheit in der Bindung an Gottes größte Gabe, – an Christus« (W. Koch, 21.23). Heinemann stellte diese Bindung über konfessionelle Zugehörigkeit. Das machte er auf der Dritten Reichssynode in Bad Oeynhausen 1936 deutlich, als die Lutheraner forderten, die Synode möchte in je einen lutherischen und reformierten Konvent auseinandertreten. Im Namen einiger Synodaler, die der unierten Kirche nahestanden, gab er eine Erklärung ab, daß sie »Glieder der Kirche Jesu Christi zu sein beanspruchten«, ohne sich auf ein Sonderbekenntnis aus der Reformationszeit festlegen zu lassen (W. Koch, 204).

Heinemanns Tätigkeit in der Bekennenden Kirche wuchs Mitte der 30er Jahre an Umfang. Als Mitglied des Bruderrats der Bekennenden Kirche der Rheinprovinz beriet er die Bekennende Kirche und einzelne Mitglieder in Rechtsfragen. 1937 übernahm er die Leitung des Christlichen Vereins Junger Männer in Essen und bewahrte den Verein vor drohender Auflösung. Ein

geheimer kirchlicher Nachrichtendienst wurde im Keller des Hauses Heinemann vervielfältigt. Vom geheimen Prozeß gegen Martin Niemöller übermittelte Heinemann heimlich Nachrichten durch seinen Studienfreund Ernst Lemmer in die ausländische Presse und half damit der Weltöffentlichkeit zur Wachsamkeit. Seiner kirchlichen Tätigkeit räumte er neben seiner beruflichen gleichen Rang ein. Als ihm 1936 angeboten wurde, Vorstandsmitglied im Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat zu werden, machte er zur Bedingung, seine kirchliche Tätigkeit weiterführen zu dürfen; daraufhin zog der Aufsichtsrat sein Angebot zurück. Heinemann blieb Bergwerksdirektor und Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke und nahm nebenbei einen Lehrauftrag für Berg- und Wirtschaftsrecht an der Universität Köln wahr.

Im Lauf des Jahres 1938 kam es zwischen Heinemann und der Bekennenden [228] Kirche zu tiefgreifenden Differenzen. Ursache dafür war außer dem wachsenden Konfessionalismus, den Heinemann beklagte, der Mangel an »beobachtender, hinschauender Haltung« der Bekennenden Kirche, in der »die theologischen Syndizi in einem unglückseligen Maße das Feld« beherrschten. Heinemann kritisierte, die Bekennende Kirche litte an einem »völlig unbiblischen Uniformismus« und erwarte, daß die Kirche »auf *ein* Kommando im Gleichschritt« marschiere. Die Folge sei, daß »man bald zu weit und bald zu kurz« schösse, z. B. seien die Dahlemer Beschlüsse von 1934 zu weit, die Ratschläge zur Eidesleistung zu kurz angesetzt gewesen. Demgegenüber verwies Heinemann auf die Mannigfaltigkeit der von Gott geschenkten Gaben und Aufgaben und forderte Raum dafür, daß die einzelnen Gemeinden sich selbstständigten und Erfindungsreichtum in personellen, finanziellen und organisatorischen Dingen entwickelten, statt nur auf wechselnde staatliche Druckmittel zu reagieren. Als seine Warnungen nichts fruchteten, erklärte Heinemann nach monatelangem Überlegen im Frühjahr 1939 seinen Rücktritt von seinen Ämtern in der Bekennenden Kirche und begründete seinen Schritt in einer neunseitigen Denkschrift (W. Koch, 205ff.).

Das bedeutete aber keinen Rückzug aus der Bekennenden Kirche selbst. Heinemann war weiterhin als Presbyter in der Gemeinde Essen-Altstadt und im CVJM tätig. Er hielt Vorträge, Bibelarbeiten, im Kriege gelegentlich auch Gottesdienste, leistete Verfolgten Rechtsbeistand und half gegen Kriegsende untergetauchten Juden bei der Beschaffung von Lebensmitteln.

II.

Der Zusammenbruch des nationalsozialistischen Deutschland bedeutete für Heinemann, daß er nun zugleich in Kirche und Staat wirken konnte. Sein Engagement begann auf der kommunalen Ebene, in der Kirchengemeinde und politischen Gemeinde, und setzte sich auf höherer Ebene fort. Er wurde schon im Frühjahr 1945 beim Neuaufbau der rheinischen Kirche herangezogen, wurde Mitglied der rheinischen Kirchenleitung und im August des Jahres auch Mitglied des neu gegründeten Rats der Evangelischen Kirche in Deutschland. Drei Jahre später präsierte er der Kirchenversammlung in Eisenach, wo die EKD als Institution gegründet wurde, und wurde dann 1949 Präses der Synode. Auf politischem Gebiet gehörte er im Herbst 1945 zu den Gründern der Essener und der rheinischen Christlich-Demokratischen Partei, in deren Landesleitung er im Januar 1946 berufen wurde. Im Herbst 1946 wurde er Oberbürgermeister der Stadt Essen, im darauffolgenden Jahr Landtagsabgeordneter des neugegründeten Landes Nordrhein-Westfalen, für ein Jahr auch Justizminister des Landes. Alle diese Aufgaben nahm er ehrenamtlich neben seinem eigentlichen Beruf als Vorstandsmitglied der Rheinischen Stahlwerke in Essen wahr. Als ihn Konrad [229] Adenauer 1949 aufforderte, für den Bundestag zu kandidieren, lehnte er das unter Hinweis auf seine zahlreichen Ämter ab, ließ sich aber im Herbst des Jahres bewegen, als erster Bundesinnenminister der neu gegründeten

Bundesrepublik ins Kabinett Adenauer einzutreten; er behielt jedoch seine kirchlichen Funktionen bei.

Über die Motive seines Handelns gab Heinemann in Reden und Schriften Rechenschaft. Er leitete die öffentliche Verantwortung des Christen zunächst aus der »ungeheuren Not« her, die es zu beheben galt und die gerade in der zerstörten Stadt Essen ins Auge sprang. Außer dieser staatsbürgerlichen Verpflichtung, »die den Christen mit einschließt«, sah er die politische Tat des Christen im Liebesgebot Jesu verankert, dem es »mit der Tat und mit der Wahrheit« zu folgen gelte, und in der Fürbitte für die Obrigkeit, der der Christ »eine Unterordnung im Sinne einer tätigen Mitverantwortung« schulde. Seine erste Verpflichtung sah Heinemann jedoch in der christlichen Gemeinde, in der jeder Christ »zu Hause bleiben« müsse, um nicht »von der Quelle abgeschnitten zu werden« (Vortrag in Hermannsburg 1947).

Diese grundsätzlichen Überlegungen wurden durch kirchengeschichtliche Rückblicke verstärkt. In Ausführungen über Christentum und Demokratie beklagte Heinemann das landesherrliche Kirchenregiment der Zeit vor 1918 und die danach weiterbestehende enge Bindung der Kirchen an konservative politische Kräfte. Mit den anderen Ratsmitgliedern der EKD gestand er in Stuttgart im Oktober 1945 die Schuld ein, die die Kirche während des Nationalsozialismus auf sich geladen hatte. Während die Mehrheit seiner Ratskollegen aber die Stuttgarter Schulderklärung alsbald abschwächte, ja verdrängte, blieb sie für Heinemann der »Dreh- und Angelpunkt« seines theologischen und politischen Denkens (D. Koch, 27).

Den Neubau von Kirche und Staat, den Heinemann für unerlässlich hielt, stellte er sich folgendermaßen vor:

Die Kirche sollte von der Gemeinde her aufgebaut werden; dabei sollten Pastoren und Laien gleichberechtigt zusammenarbeiten. Wahlberechtigtes Glied der Gemeinde sollte nur sein, wer »ein lebendiges Verhältnis« zu ihr hätte und »sein Augenmerk auf den« richtete, »der der Herr der Kirche ist«. Heinemann begrüßte die unter seiner Mitwirkung 1945 zustandekommene »Neuordnung für die Berufung ins Presbyteramt«, die entsprechende Regelungen vorsah. Unablässig trat er für eine Stärkung des Laienelements in der Kirche ein. Bei den Beratungen über die Ordnung der EKD beantragte er, daß die Synode mindestens zur Hälfte und der Rat zu einem Viertel aus Nichttheologen bestehen sollte. Es war für ihn selbstverständlich, daß die verschiedenen Landeskirchen sich zu einer Evangelischen Kirche in Deutschland zusammenschlossen. Den gesonderten Zusammenschluß einer Evangelisch-lutherischen Kirche Deutschlands lehnte er entschieden ab. Als sich die VELKD nicht vermeiden ließ, tat Heinemann doch alles, um wenigstens die gesamtdeutsche Evangelische Kirche [230] in Deutschland gleichzeitig zu organisieren. Zur Ökumene hin war Heinemann aufgeschlossen. Er nutzte selbst jede Gelegenheit, sich mit Christen in Holland, in der Schweiz, in Frankreich zu treffen, und nahm 1948 an der ersten Weltkirchenkonferenz in Amsterdam teil, über die er hinterher zahlreiche Vorträge hielt.

Heinemanns Vorstellungen auf politischem Felde wiesen zu seinen kirchlichen zwar keine direkten Parallelen, aber doch einige Ähnlichkeiten auf. Aufbau einer Demokratie, Teilnahme aller Bürger war hier die Grundlage seines Denkens. Die Zeit schien ihm vorbei, in der ein Schneider seinen Landesherrn mit dem ausgehängten Schild hatte begrüßen können: »Unter deinen Flügeln kann ich ruhig bügeln!« Nun galt es, selbst politisch zuzupacken. Heinemann befürwortete das Zusammengehen von Protestanten und Katholiken in der CDU. Er meinte, im gemeinsamen Widerstand gegen den Nationalsozialismus habe sich ein gemeinsames christliches Fundament gezeigt, auf dem es nun weiterzuarbeiten gelte. Deshalb wandte er sich gegen Tendenzen, konfessionell bestimmte Parteien wie das Zentrum und den Christlichen Volksdienst wiederzubeleben. Die CDU, die sich Heinemann vorstellte, sollte sozial,

gesamtdeutsch und gesamteuropäisch orientiert sein. Er trat entschieden für das Ahlener Programm der CDU Nordrhein-Westfalens ein, das eine Marktwirtschaft vorsah, die an Regeln gebunden war und in der Kartelle verboten und Monopole der privaten Verfügungsgewalt entzogen werden sollten. Heinemann reiste mehrfach zu Tagungen der Ost-CDU, in der der Gedanke eines christlichen Sozialismus vertreten wurde. 1948 nahm er an einem gesamteuropäischen Kongreß in Den Haag teil.

Heinemanns kirchliches und sein politisches Konzept, die sich auch später nicht wesentlich veränderten, waren in sich geschlossen und paßten zueinander. Das lag einmal daran, daß er zwischen Christentum und Demokratie Beziehungen sah, gegen die sich Konservative sträubten. Es spielte auch eine Rolle, daß er dazu neigte, eher Gemeinsamkeiten als Gegensätze zu betonen: ob es die kirchenpolitische Nähe der verschiedenen Glieder der Bekennenden Kirche, der Katholiken und Protestanten oder die antifaschistische Gemeinsamkeit marxistischer und christlicher NS-Gegner war. Hinzu kam bei Heinemann die Achtung vor dem anderen Menschen und die Tatsache, daß er »im Politischen gar keine metaphysische Leidenschaft« empfand.

Die Entwicklung der Nachkriegsjahre ließ allerdings solchen Konzeptionen von Jahr zu Jahr weniger Raum. Die Siegermächte entzweiten sich im Kalten Krieg, und viele Deutsche ergriffen leidenschaftlich Partei. Damit ging im westlichen Teil Deutschlands die Restauration auf politischem (wie kirchlichem) Felde, im östlichen Teil die Tendenz zu erzwungener Umgestaltung der Verhältnisse einher. Heinemann geriet in Konflikte; denn seine verschiedenen Ämter, gleichzeitig ausgeübt, bezogen sich auf verschiedene Größen: einerseits auf Stadt, Land, Bundesrepublik, andererseits auf Gesamtdeutschland. [231]

Als die Bundesrepublik gegründet wurde, sah er darin noch kein Problem, denn er meinte wie viele Westdeutsche: »Was auch immer begonnen wird, es zielt auf Deutschland ab!« Als er ins Kabinett Adenauer eintrat, hielt er allenfalls eine Meinungsdivergenz mit dem Kanzler über soziale Forderungen wie »Mitbestimmungsrecht, Eigentumsfrage an den Grundstoffindustrien« für denkbar (D. Koch, 87.102). Im Frühjahr 1950 kam es zu ersten Spannungen, als Heinemann als Synodalpräses der EKD in Ostberlin einer gesamtdeutschen Synodaltagung vorstand und Adenauer sich beschwerte, daß Heinemann dazu außer westdeutschen und westalliierten Vertretern auch ostdeutsche und sowjetische eingeladen hatte. Heinemann wiederum nahm daran Anstoß, daß Adenauer einem Kabinettsbeschluß über den beabsichtigten Eintritt in den (westeuropäischen) Europarat eigenmächtig eine schärfere Fassung gab.

Zum entscheidenden Konflikt kam es im Herbst 1950, als nach Ausbruch des Koreakrieges Adenauer westdeutsche Soldaten für eine Westeuropa-Armee anbot und ein Memorandum an die USA ohne abschließende Beratung und Beschlußfassung im Kabinett absandte. Während das Kabinett sich dieses Vorgehen gefallen ließ, protestierte Heinemann gegen diese Formverletzung und gegen die Zielsetzung des Kanzlers und trat am 9. 10. von seinem Amt zurück. Er begründete seinen Schritt mit zu erwartenden schädlichen außen- und innenpolitischen Folgen einer westdeutschen Aufrüstung; er fürchtete unter anderem die Gefährdung des Friedens und der Chance zur Wiedervereinigung Deutschlands. Er forderte alle Bürger zum Bedenken aller Argumente, von den außenpolitischen bis zu denen demokratischen Stils, auf; besonders an die Christen richtete er die Frage, ob die Wiederaufrüstung eines Volkes, das so viel Schuld auf sich geladen hat, zu diesem Zeitpunkt vor Gott verantwortet werden könnte. Unter Hinweis auf Jes. 30,15 warnte er davor, die Hoffnung auf »Rosse und Reiter« zu setzen, und verwies auf den Rat des Propheten, der sein Volk einst zu »Umkehr und Stillesein« vor Gott als Voraussetzung richtigen politischen Denkens und Handelns aufgerufen hatte (G. H. 8, 97ff.)

Nach seinem Rücktritt begann die schwerste Zeit in Heinemanns Wirken. Er sah sich nicht

nur in der CDU gänzlich isoliert; auch in der evangelischen Kirche verstand und bejahte ihn nur die Minderheit derer, die vom entschiedeneren Flügel der Bekennenden Kirche herkamen. Es erschwerte seine Situation, daß er gleichzeitig zu einem beruflichen Neuanfang genötigt wurde, weil ihn Rheinstahl nicht wieder einstellen wollte. Jedoch lehnte er den Rat von Bischof Dibelius ab, sich nach einem anderen Platz im wirtschaftlichen Management umzusehen. Um selbständig zu bleiben, eröffnete er, unterstützt von seinem jungen Sozius Diether Posser, eine Rechtsanwaltspraxis und suchte in Vorträgen seine politischen und theologischen Erkenntnisse zu verbreiten. Dabei diente ihm zunächst die zehnköpfige überparteiliche »Notgemeinschaft für den Frieden Europas« als Plattform. Doch zerschlug sich die Hoffnung, auf diesem Wege Einfluß auf die Parteien zu nehmen, weil diese sich unzugänglich zeigten; ja die [232] CDU/CSU legte sich und ihre Abgeordneten 1952 auf eine antikommunistische, abendländisch-westeuropäische Ideologie fest, die eine westdeutsche Aufrüstung als selbstverständliches Element enthielt. Daraufhin trat Heinemann aus der CDU aus, der er Verrat an ihren Grundprinzipien vorwarf, und gründete mit der Katholikin Helene Wessel die »Gesamtdeutsche Volkspartei«. Aber auch auf Parteiebene konnte er nur eine sehr beschränkte Wirkung erzielen, zumal der Bundestag die 5%-Klausel einführte und die Sozialdemokraten ein Wahlbündnis mit der kleinen Partei ablehnten. Bündnisse mit rechts- und linksstehenden Gegnern der Aufrüstungspolitik kamen wiederum für Heinemann nicht in Frage, weil er den Unterschied seiner eigenen Vorstellungen zur Zielsetzung nationalistisch-reaktionärer Kreise und zur kommunistisch bestimmten »Weltfriedensbewegung« nicht übersehen konnte und wollte. Das schließlich doch eingegangene Wahlbündnis mit einer anderen neutralistischen Gruppierung erwies sich als eher schädlich. Die GVP erlitt in der Bundestagswahl mit 1,2% einen klaren Mißerfolg.

Das Konzept, das Heinemann in der Notgemeinschaft und in der GVP vertrat, basierte auf dem Gedanken, daß nur mit einer Politik des Ausgleichs zwischen West und Ost der Friede in Europa erhalten und eine Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden könnte. Statt der Einbeziehung der beiden Teile Deutschlands in die Militärblöcke schlug Heinemann eine militärische Ausklammerung eines demokratischen Gesamtdeutschlands vor. Unablässig drang er darauf, in Verhandlungen mit der Sowjetunion zu prüfen, ob deren wiederholte Angebote, freie Wahlen in einem militärisch neutralisierten Gesamtdeutschland zuzulassen, ehrlich gemeint und im einzelnen annehmbar seien. Aber er stieß damit auf taube Ohren bei der überwältigenden Mehrheit der Westdeutschen, die auf der einen Seite die Sowjetunion zu sehr fürchteten, als daß sie sich von Verhandlungen mit ihr etwas versprechen konnten, und die auf der anderen Seite so große Hoffnungen auf das militärische Erstarken des Westens setzten, daß sie den bedingungslosen Rückzug der Sowjetunion aus ihrer Zone als friedliche Auswirkung westlicher Überlegenheit erhofften – wenn sie überhaupt über eine militärische Sicherung ihrer Existenz hinaus dachten.

Nach der Wahlniederlage von 1953 stand Heinemann abermals vor der Frage, wie er denn nun sein Konzept, das er nach wie vor für vernünftig hielt, durchsetzen konnte. Kurz vor Abschluß der Westverträge 1955 schien sich in der »Paulskirchenbewegung« zwischen Gewerkschaften, Sozialdemokraten und einigen Christen ein Bündnis anzubahnen, das eine Plattform für seine Ideen hätte sein können; es war jedoch nur von kurzer Dauer. Regionale Erfolge der GVP, die an der Aussichtslosigkeit der Partei auf Bundesebene nichts änderten, banden Heinemann an Menschen, die die Partei erhalten wollten. Lange prüfte er, ob in der SPD, die Mitte der fünfziger Jahre im Umbruch begriffen war, Raum für seine politischen Vorstellungen sein könnte; seine früheren Vorbehalte hatten sich gegen die wirtschaftspolitische Festlegung auf Planwirtschaft, die [233] hierarchische innerparteiliche Struktur, das ungeklärte Verhältnis zu den Kirchen und die Unklarheit ihrer ostpolitischen Vorstellungen gerichtet. Während all der Jahre beruflicher und politischer Anstrengung mühte sich Heinemann auch um die grundsätzliche

theologische Reflexion über Kirche und Staat, deren Ergebnisse er in Gemeinden, auf Akademietagungen und Kirchentagen vortrug. So warnte er 1951 auf dem Kirchentag in Berlin vor Fehlentwicklungen der Kirche: sie sei kein Erbauungsinstitut, kein konservatives Beruhigungsinstitut, kein Revolutionsinstitut, kein Machtinstitut usw. »Steckt nicht in jeder Irrlehre eine unbezahlte Rechnung der Kirche?« (G. H. 7, 83ff.) Immer wieder bezog sich Heinemann auf die Stuttgarter Schulderklärung, als deren Konsequenz er den Auftrag sah, »dem Frieden unter den Menschen zu dienen« (D. Koch, 361). Er hoffte, es werde möglich sein, wenigstens im kirchlichen Raum »so lange aufeinander zu hören, bis wir aus der Verheißung des Heiligen Geistes einig geworden sind«.

Doch zu dieser Einigung kam es nicht. Vergeblich bemühte sich eine Minderheit, ihre theologische und politische Ansicht der konservativen Mehrheit verständlich zu machen. Statt dessen forderte 1955 ein lutherischer Oberkirchenrat, Heinemann nicht wieder zum Synodalpräses der EKD zu wählen: »Es wäre nicht nur Versäumnis, sondern Schuld, wenn die Synode dieses Gesamtdeutschland dienende Amt dadurch vakant ließe, daß sie es mit einem Parteipolitiker besetzte.« (D. Koch, 449) Obwohl Heinemann darauf verweisen konnte, daß er bei seiner Wahl zum Präses 1949 schon Politiker einer Partei gewesen war und kirchliches Amt und politische Betätigung nicht miteinander verquickt hatte, wurde für ihn nur ein Drittel der Stimmen abgegeben; er blieb lediglich Mitglied des Rats der EKD.

Heinemanns politisches Scheitern wie seine kirchliche Isolierung waren für ihn nicht leicht zu tragen, zumal sie mit persönlicher Entfremdung bis in den Kreis von Bekannten und Verwandten einhergingen. Doch war es ihm eine Stütze, daß seine Frau ihm stets in theologischer wie in politischer Hinsicht zur Seite stand. Was Graeber 1934 von den Frauen im Kirchenkampf gesagt hatte: »Sarah zieht mit«, galt für Hilda Heinemann damals wie in jenen fünfziger Jahren der Verfernung. Sie nahm an der Synode von Espelkamp 1955 wie an der von Barmen 1934 teil. Ihr war wie ihm das Stuttgarter Schuldbekenntnis und die Bemühung wichtig, Konsequenzen daraus gegenüber den Nachbarn Deutschlands und, vor allem, gegenüber den Juden zu ziehen. Wie Gustav Heinemann wegen der deutschen Kriegsgefangenen im Osten Beziehungen zum sowjetischen und tschechischen Roten Kreuz aufnahm, so besuchte sie das durch Deutsche vernichtete tschechische Dorf Lidice und, später, den Staat Israel. Zur gleichen Zeit, als Journalisten Gustav Heinemann als »politisch toten Mann« apostrophierten, begann sie mit dem Aufbau des umfänglichen Archivs, das seinen Lebensweg dokumentiert. [234]

III.

Für den 58jährigen Gustav Heinemann bedeutete der Entschluß, nach dem Ratschlag von Freunden 1957 für die Auflösung der GVP einzutreten und in die SPD zu gehen, die Einführung in ganz neue Rahmenbedingungen; denn gerade in der SPD galt das Prinzip der Geschlossenheit viel, und eine Führungsspitze dominierte. Gleichwohl waren Heinemanns Ausgangsbedingungen in der SPD gut. Er wurde 1957 in den Bundestag gewählt, wurde Mitglied des Fraktions- und Parteivorstandes. Ursache für diesen schnellen Aufstieg war u. a. die Tatsache, daß in der Partei die Reformer an Boden gewannen, die aus der Weltanschauungs- eine Volkspartei machen wollten. Heinemann verstärkte diese Tendenz durch Mitarbeit an der Vorbereitung und Verabschiedung des Godesberger Programms von 1959. Er wurde Mitautor des Punkts »Religion und Kirche«, der eine Entkrampfung des Verhältnisses zwischen der Partei und den Kirchen bedeutete, und kämpfte dafür, daß die vorgeschlagenen Formulierungen gegen erheblichen Widerstand angenommen wurden. Es wurde festgestellt, daß der Sozia-

lismus »kein Religionsersatz« sei, daß die Partei die Kirchen, ihren Auftrag und ihre Eigenständigkeit achte und es begrüßte, wenn Menschen aus religiösen Gründen politisch handelten; Mißbrauch religiöser und weltanschaulicher Verkündigung wurde abgelehnt.

In den Folgejahren bemühte sich Heinemann in Wort und Schrift, für dies neue Verständnis in der SPD wie in den Kirchen zu werben. Er richtete sein Hauptaugenmerk darauf, in der SPD die Anerkennung eines eigenen gesellschaftlichen Auftrags der Kirchen zu befestigen, und drang als Mitglied des Rats der EKD, das er bis 1967 blieb, darauf, in den Kirchen bürgerliche Vorurteile gegen die SPD abzubauen und die Institution Kirche aus parteipolitischer Bindung herauszuhalten. Seine eigene Position in der SPD trug wesentlich dazu bei, daß sich allmählich die Vorstellung durchsetzte, ein gläubiger Christ könne ebensowohl in der SPD wie in anderen Parteien tätig sein.

Dazu half auch sein Plädoyer für die Konfessionsschule, die in der SPD stets bekämpft worden war. Heinemann war wie seine Parteifreunde der Meinung, daß die öffentliche Gemeinschaftsschule für alle Kinder die bessere Schulform sei, die jedenfalls überall angeboten werden müsse. Aber er trat doch dafür ein, daß der Staat die Gewissensfreiheit von Eltern achten und deren Wunsch nach Konfessionsschulen keine Hindernisse in den Weg legen sollte. Für diesen Ausgleich von Staats- und Elternrecht setzte sich Heinemann in der SPD ein und erreichte, daß seine Vorstellungen 1964 in die »Bildungspolitischen Leitsätze« der Partei aufgenommen wurden, auch dies ein Schritt zur Reform der Partei.

Da in der CDU/CSU immer wieder die Tendenz durchbrach, das Christentum für ihre politische Position zu vereinnahmen, nahm Heinemann immer wieder deutlich dagegen Stellung. Er beklagte den »sozialen Verrat« der bürgerlichen CDU und wandte sich gegen die abendländische Ideologie: »Sieht man wirklich [235] nicht, daß die dominierende Weltanschauung unter uns nur aus drei Sätzen besteht: Viel verdienen, – Soldaten, die das verteidigen, – und Kirchen, die beides segnen?« (D. Koch, 507)

In Fragen der Außenpolitik bot die SPD Heinemann zunächst weitgehende Wirkungsmöglichkeiten. Denn er war sich mit ihr einig über die Ablehnung der atomaren Bewaffnung, die seit 1957 für die Bundeswehr von Adenauer angestrebt wurde. In mehreren Bundestagsdebatten warnte Heinemann Anfang 1958 leidenschaftlich davor, Massenvernichtungsmittel anzuschaffen und als Druckmittel ins politische Kalkül einzusetzen; die Verwendung solcher Mittel sei, zumal für Christen, unerlaubt. Er rief dazu auf, statt des Kriegsrisikos, das durch das Wettrüsten immer größer werde, das »Risiko friedlicher Begegnungen und Auseinandersetzungen einzugehen«, und wies der Bundesregierung nach, jahrelang Aufrüstung statt des Versuchs einer Entspannung betrieben zu haben. Die Parole einer christlichen Einheitsfront, unter der das geschehen sei, habe sich verhängnisvoll auf die Christen im Osten ausgewirkt. »Es geht nicht um Christentum gegen Marxismus, es geht um die Erkenntnis, daß Christus nicht gegen Karl Marx gestorben ist, sondern für uns alle.« (G. H. 8, 283)

Heinemanns Reden, die in der Öffentlichkeit ein großes Echo fanden, machten ihn mit einem Schlage zu einem bekannten Politiker und stärkten auch seine Position in der SPD. Er beteiligte sich aktiv an der Bewegung »Kampf dem Atomtod«, er konnte seine außenpolitischen Vorstellungen in den Deutschlandplan der SPD von 1958 einbringen. Nachdem jedoch das Bundesverfassungsgericht eine geplante Volksbefragung über die Atombewaffnung verboten hatte, zog sich die Partei aus der Kampagne gegen die Atomaufrüstung zurück und ließ auch ihren Deutschlandplan fallen, mit dem sie keine Mehrheit erringen konnte. Auch Heinemanns Vorschlag eines Amtes für innerdeutsche Regelungen, das Lösungsmöglichkeiten für Streitfragen zwischen beiden deutschen Staaten erarbeiten sollte, wurde nicht weiter verfolgt. 1960 vollzog die Partei unter Wehners Regie eine Annäherung an den außenpolitischen Kurs der

Bundesregierung, indem sie die vollzogene militärpolitische Entwicklung anerkannte. Gegenüber dieser Entfernung der Partei von seinen Vorstellungen übte Heinemann Zurückhaltung. Sein Verhalten war nun stärker als früher mit von der Überlegung geprägt, daß Politik durchsetzbar werden müsse; so berücksichtigte er, daß es in der Bevölkerung noch keine Mehrheit für eine grundlegende politische Revision gab. Doch hielt er an seiner kategorischen Ablehnung von Massenvernichtungsmitteln fest und drang in der Partei, als sie auch in dieser Frage kompromißbereit wurde, auf eine Erklärung des Vorsitzenden Ollenhauer, daß in der SPD in dieser Frage jeder seinem Gewissen folgen könne.

Zum Hauptbetätigungsfeld wurde für Heinemann je länger desto mehr die Rechtspolitik. Schon seit der Mitte der fünfziger Jahre hatte er sich für die Freilassung von Häftlingen aus der DDR eingesetzt, später trat er als Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter in zunehmendem Maße für politische und [236] religiöse Minderheiten ein. Vor dem Bundesverfassungsgericht verteidigte er mit Erfolg Funktionäre der KPD, die wegen ihrer Tätigkeit vor dem Parteiverbot verurteilt worden waren, ferner seinen Studienfreund, den Sozialisten Agartz, der wegen finanzieller Ostbeziehungen angeklagt war, endlich auch Jehovas Zeugen, die wegen der Verweigerung des Kriegs- und Zivildienstes immer erneut bestraft worden waren. In der SPD warb er für Reformvorhaben auf dem Gebiet des Rechts, für die sich dann in der Partei Mitte der 60er Jahre eine Mehrheit fand.

Kurz darauf ergab sich die Chance, diese Vorstellungen in einer Großen Koalition zu verwirklichen. Heinemann war zunächst nur unter der Bedingung für eine solche Koalition, daß sie dazu dienen müsse, die Folgen des deutschen Kriegverschuldens und der Westpolitik Adenauers gemeinsam zu tragen und anzunehmen. Doch ließ er sich davon überzeugen, daß Teilhabe an der Macht auch ohne dieses Hauptziel ein sinnvoller Schritt sei. Als Justizminister trieb er 1966-1969 Rechtsreformen voran. Ausgangspunkt war dabei die Erkenntnis, daß das Grundgesetz als eine Summe von zu erfüllenden Verfassungsaufträgen zu vorstehen war, hinter denen die Verfassungswirklichkeit zurückgeblieben war. Das angestrebte Recht sollte neben dem Rechtsstaats- auch das Sozialstaatsprinzip des Grundgesetzes zur vollen Geltung bringen.

Im Strafrecht sollte der Erziehungs- und Schutzgedanke vor dem der Vergeltung Vorrang haben. Heinemann hielt humanitäre Strafrechtspflege für ein Gebot der Vernunft und stellte Überlegungen zu Art, Dauer und Zweck von Strafen an. Nicht alle moralisch anfechtbaren Handlungen sollten unter Strafe gestellt werden, sondern nur solche mit sozialschädlichen Auswirkungen. Heinemann trat dafür ein, Ehebruch und Homosexualität unter Erwachsenen nicht mehr strafrechtlich zu verfolgen, weil derartige Bestimmungen nur Erpressung Vorschub leisteten, und wollte den Gotteslästerungsparagraphen abschaffen, da Gott nicht strafrechtlich vor Lästerung geschützt zu werden brauche. Generell sollten kurze Freiheitsstrafen durch Geldstrafen ersetzt, sollte die Zuchthausstrafe zugunsten einer einheitlichen Freiheitsstrafe abgeschafft werden; sozialtherapeutische Maßnahmen sollten die Reformen begleiten. Daß die Todesstrafe abgeschafft war, blieb Heinemann auch in einer Situation selbstverständlich, als der Ruf nach Wiedereinführung laut wurde. Auch das politische Strafrecht, das im Kalten Krieg verschärft worden war, sollte wieder liberalisiert werden. Im 8. Strafrechtsänderungsgesetz vom August 1968, dem ersten Teil der sog. »Großen Strafrechtsreform«, erhielt der größte Teil dieser Vorstellungen Gesetzeskraft.

Im Zivilrecht trat Heinemann dafür ein, die im Grundgesetz garantierte Rechtsgleichheit aller Bürger zu verwirklichen. Im Familienrecht galt sein besonderes Interesse der rechtlichen Gleichstellung der nichtehelichen Kinder und einer grundlegenden Reform des Scheidungsrechts, die anstelle des Schuldprinzips das Zerrüttungsprinzip setzte und die Benachteiligung der Frauen minderte. Gern [237] hätte er die Vorrechte der Beamten eingeschränkt und

wenigstens einen »Trottelparagraphen« durchgesetzt, der eine Herabstufung unqualifizierter Beamten erlaubte; doch stand dem das Grundgesetz entgegen, das die historischen Beamtenrechte pauschal absicherte.

Neben seiner Arbeit im Ministeramt, die zu einer Vielzahl gesetzgeberischer Vorarbeiten führte, äußerte sich Heinemann auch zu grundsätzlichen philosophischen und theologischen Fragen, des Rechts. Er sah »den demokratischen Rechtsstaat als theologisches Problem« und plädierte dafür, daß das theologische Interesse sich nicht dem problematischen Naturrecht zuwandte, weil sich Gott nach evangelischem Verständnis »nicht in zeitlose Ordnungsformen oder Wesensbestimmungen gefangen gegeben« habe. Gottes Gerechtigkeit sei »in der Königsherrschaft Jesu Christi aufgerichtet«, und diese »Würdigung aller Menschen durch Gott« statuiere eine »Gleichheit quer durch alle irdischen Ungleichheiten hindurch«. Von daher sah Heinemann einen Bezug zu den unaufhebbaren Grundrechten des Grundgesetzes, an deren Verteidigung und Festigung gerade Christen sich zu beteiligen hätten, weil die Grundrechte »Dämme gegen die Sturzfluten« bildeten, »mit denen der Mensch seinesgleichen zu entwürdigen oder auszubeuten immer wieder versucht ist«. (G. H. 7, 276-78) Für seine theologischen Arbeiten verlieh ihm die Universität Bonn 1967 den theologischen Ehrendoktor.

In die aktuellen politischen Auseinandersetzungen griff Heinemann während seiner Ministerzeit seltener ein. Im Streit um die Notstandsgesetze befürwortete er anstelle der vorhandenen »Schubladengesetze« eine rechtlich abgesicherte Notstandsregelung durch Grundgesetzänderung und blieb trotz des Widerspruchs vieler Notstandsgegner unter seinen Freunden bei dieser Einstellung. In der beginnenden Studentenrevolte nahm er die Motive und Gedanken der jungen Generation ernst; als deren Wortführer Rudi Dutschke durch einen rechtsradikalen Attentäter schwer verletzt wurde und Kanzler Kiesinger darauf nur ordnungspolitische Warnungen aussprach, mahnte Heinemann in einer vielbeachteten Gegenrede die ältere Generation wie die jüngere zu Selbstbesinnung und Selbstkritik.

IV.

Die Rechtsreformen, insbesondere die Strafrechtsreform, waren erst teilweise abgeschlossen, als Heinemann wiederum in ein neues Amt gerufen wurde: Mit den Stimmen von SPD und FDP wurde er im März 1969 mit knapper Mehrheit zum Bundespräsidenten gewählt. In diesem höchsten politischen Amt waren seiner Wirkungsmöglichkeit deutliche Grenzen gesetzt. Er mußte aus Bundesregierung, Bundestag und aus allen Parteiämtern ausscheiden und war hinfort auf sich allein gestellt, nur begleitet vom Bundespräsidialamt, das ihm nicht unter-[238]stellt war. Direkte politische Einwirkungsmöglichkeiten waren ihm grundgesetzlich nur im Ausnahmefall gegeben, z. B. als er 1972 den Bundestag nach dem Mißtrauensvotum vorzeitig auflöste, und er war weitgehend in ein Protokoll eingebunden, das ihm Handlungslinien vorschrieb und viel Routinearbeit aufbürdete.

Trotzdem entfaltete Heinemann, begünstigt durch die politische Konstellation der sozial-liberalen Regierung Brandt/Scheel, eigene Initiativen, die seiner Präsidentschaft ein unverwechselbares Gepräge gaben. Aus der Fülle der an ihn ergehenden Wünsche wählte er aus, wer von ihm eingeladen wurde und welcher Einladung er selbst folgte. So empfing er vielfältige Anregungen und konnte sich in einer großen Zahl von Reden und Ansprachen, auf die er viel Mühe verwandte, mit Anregungen an eine sehr breite Öffentlichkeit wenden. Auch gab er auf internem Wege Ministerien und Amtsstellen Denk- und Handlungsanstöße.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik setzte Heinemann dadurch Akzente, daß er Staatsbesuche

vor allem in die Länder unternahm, die im Zweiten Weltkrieg von Deutschen besetzt worden waren. In den Niederlanden besuchte er auf eigenen Wunsch die Schouwburg, von wo die holländischen Juden zum Abtransport in die Vernichtung zusammengetrieben worden waren. Der Aussöhnung unter den Völkern suchte er auch dadurch zu dienen, daß er auf einer Japanreise als erstes ausländisches Staatsoberhaupt den Wunsch aussprach, Hiroshima zu besuchen. Eine Reise nach Rumänien führte ihn in den Osten, und er hätte auch gern eine Einladung in die Sowjetunion angenommen, die aber erst gegen Ende seiner fünfjährigen Amtszeit eintraf. Geschichtliche Anlässe wie der 30. Jahrestag des Kriegsbeginns gegen Polen dienten ihm dazu, die Notwendigkeit eines neuen Anfangs zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn zu betonen. Aus aktuellem Anlaß wies er nach dem Mord an israelischen Sportlern bei der Olympiade in München auf die politischen Hintermänner hin – eine Nuance deutlicher, als es dem Protokoll genehm war. Ein Teil der Öffentlichkeit stieß sich daran, daß er dem südvietnamesischen Diktator Thieu, der empfangen zu werden wünschte, betont kühl begegnete.

Demokratische Haltung war das Ziel, für das der »Bürgerpräsident« unermüdlich eintrat. Ihm erschien das Grundgesetz als ein »großes Angebot«, das es zu ergreifen galt, eine unvollständige Ordnung – »kein Heilsplan« –, jeweils verbesserungswürdig und verbesserungsfähig. Demokratie als »menschenwürdigste Form von Staat und Gesellschaft«, Rechtsstaat und Sozialstaat bedürften »ständiger Bemühung«. Heinemann appellierte an die verschiedensten Bevölkerungsgruppen, freiwillig mitzuarbeiten. Er stellte sich auch als Präsident Diskussionen mit den rebellierenden Studenten, um von ihnen Anregungen zu empfangen und um die Jugendlichen »auf dem langen Weg reformerischer Bemühungen festzuhalten«. Zur sozialen Demokratie gehörte für ihn auch die Sorge für sozial Benachteiligte, Frauen und Minderheiten wie Behinderte, Gefangene, Kriegsdienstverweigerer, Ausländer usw.; unablässig rief er zur Gerechtigkeit ihnen [239] gegenüber auf. In Ausführungen über die deutsche Geschichte setzte er sich kritisch mit dem Obrigkeitsstaat auseinander und suchte »die Erinnerung an freiheitliche Bewegungen lebendig zu machen«, ob es sich um den Bauernkrieg, um vergessene spätere regionale Aufstände oder um die Revolution von 1848/49 handelte, für die er in Rastatt eine Erinnerungsstätte einrichten ließ. In die Demokratie suchte er auch die Bundeswehr einzubinden, der er keinen »Selbstzweck« zubilligte, nur Verteidigungsaufgaben, einen Dienst im Bewußtsein, »sich um einer besseren politischen Lösung willen in Frage stellen zu lassen«. (G. H. 6, 7, 186f., 324, 336f.)

Auch als Präsident sah Heinemann »als erstes die Verpflichtung, dem Frieden zu dienen. Nicht der Krieg ..., sondern der Frieden ist der Ernstfall, in dem wir alle uns zu bewähren haben. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr.« (G. H. 6, 14) Zu dieser Bewährung gehörte für Heinemann nicht nur Gesinnung, sondern auch Forschung. Auf seine Initiative entstand die Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung. Heinemann forderte auch das Nachdenken über andere Weltprobleme wie Umweltschutz und Entwicklungspolitik.

Naturgemäß nahm während seiner Präsidentschaft das Ausmaß direkter theologischer Arbeit ab. Doch widmete er auch in diesem Amt mehrere grundsätzliche Reden der Kirchengeschichte und dem Verhältnis von Kirche und Staat. Ein Jubiläum des Reichstags zu Worms von 1521 gab ihm 1971 Anlaß zu einer kritisch-engagierten Analyse der Reformation, die Jahrhundertfeier der Emdener Synode von 1571 zum differenzierenden Vergleich von Synode und Parlament, die Einweihung der Evangelischen Akademie Nordelbien zum abermaligen Hinweis auf die öffentliche Verantwortung von Christen; schließlich setzte er in einer Weihnachtsansprache stärkere christliche Akzente, als es manche Mitbürger von einem Präsidenten hören wollten.

Zu den Aktivitäten, die 1969-1974 von der Villa Hammerschmidt ausgingen, gehörten auch

die intensiven Bemühungen von Hilda Heinemann, über die ihr vom Protokoll auferlegte Routinerolle hinaus öffentlich zu wirken. Sie sorgte sich vornehmlich um soziale Randgruppen, suchte wie ihr Mann in vielerlei Einzelfällen zu helfen und insbesondere geistig behinderte Erwachsene durch eine Stiftung zu fördern. Außerdem gab sie zeitgenössischen Künstlern in ihrem Haus regelmäßig Gelegenheit zu öffentlichen Ausstellungen. Allerdings stieß sie bei Ämtern und in der Öffentlichkeit auf deutliche Grenzen des Verständnisses, während ihr Mann in seiner Amtszeit von seinen Gegnern einigermaßen toleriert wurde.

Nach dem Ende seiner Amtszeit beschränkte sich Heinemann in realistischer Einschätzung seiner physischen Möglichkeiten in seinen beiden letzten Lebensjahren auf wenige Schwerpunkte. Auf politischem Felde stützte er freiheitliche Bestrebungen und warnte vor der Verfolgung radikal denkender Staatsdiener. Auf kirchlichem Felde ging es ihm um die rechte reformatorische Auffassung des Evangeliums, über die er bei mehreren Anlässen sprach. An der Vorbereitung [240] der Herausgabe seiner Reden und Schriften beteiligte er sich wie einer, der sein Haus bestellt. Von seinem Freunde Helmut Gollwitzer erbat er sich die letzten Worte der Bibel als Beerdigungstext: »Es spricht, der dies bezeugt: Ja, ich komme bald. Amen, ja komm, Herr Jesu!« Heinemann starb, siebenundsiebzigjährig, am 7. Juli 1976 in Essen, seine Frau mit fast 83 Jahren am 5. Mai 1979.

V.

Von der Vielfalt und Intensität des Lebenswerks Heinemanns geben über 2000 Reden und fast 1300 Veröffentlichungen Zeugnis, die sich auf die verschiedenen Disziplinen des Rechts, der Politik, Theologie und Geschichtsschreibung beziehen. Ein Überblick zeigt, wie einige Grundlinien durchlaufen, aber Schwerpunkte wechseln, ohne daß eine Sache gänzlich dominierte. Durchgehend war Heinemanns Engagement und sein Aufruf zum Engagement in Kirche und Staat. Hier wie dort galt es, alte Schuld zu erkennen und umzukehren, Menschen in Not zu sehen und ihnen zu helfen. Welche Versäumnisse und Schuld die schwersten, welche Nöte die größten waren, das mußte jeweils neu kritisch erkannt, Umkehr und Hilfe mußten konkret geplant und durchgesetzt werden.

Mit einer solchen Haltung vertrug sich keine Festlegung auf kirchen- oder parteipolitische Prinzipien als letzte Werte. Heinemann blieb gegenüber konfessionalistischen Grundsätzen in den Kirchen reserviert und sah in politischen Parteien Plattformen zum pragmatischen Handeln, die man aus Sachgründen wechseln konnte. Ideologien bedeuteten ihm nichts, er lehnte z. B. aus konkreten Gründen Aufrüstung ab oder schlug militärische Ausklammerung vor, ohne »Pazifist« oder »Neutralist« zu sein. Ihm lag an der Differenzierung, auch im Verhältnis zwischen Kirche und Staat. Er suchte seine beiden Betätigungsfelder weder zu trennen noch zur Deckung zu bringen.

In seiner Person vereinigte er Gegensätze. So ernst er meistens wirkte, konnte er doch auch herzlich lachen (und Witze erzählen); so ungeduldig er zeitlebens war, konnte er doch auch warten, bis seine Stunde gekommen war; so selbstverständlich er mit anderen Menschen gemeinsam handelte, konnte er doch auch lange als Einzelgänger seinen Weg verfolgen; so kompromißfähig und -willig er sich vielfach erwies, blieb er doch in einigen Entscheidungen (wie gegen Todesstrafe und Atombewaffnung) kompromißlos.

Dieses Bild Heinemanns kann einerseits auf seine Charakteranlage und Entwicklung zurückgeführt werden. Tatsächlich findet sich viel von dem, was er als Student vertrat, bis an sein Lebensende in Variationen wieder. Sein Leben erscheint dann als Lernprozeß in Kirche und

Staat. Andererseits muß aber ergänzt werden, daß seine Haltung auch mit seiner Grundüberzeugung als Christ zusammenhing.

Seit er Christ wurde, ging Heinemann vom »Weltregiment Gottes« aus: »Gott [241] bleibt im Regiment.« »Welt und Menschheit bleiben in Gottes Hand.« (W. Koch, 31) Er vertraute auf die geschehene Zuwendung Gottes zu den Menschen in Christus: »Christus starb für uns alle, für Kapitalisten und Kommunisten in gleicher Weise.« »Gottes Reich lebt in dieser Zeit nur von einer Sensation: der Auferstehung Jesu Christi.« Für die Zukunft war er sich dessen gewiß: »Das Ziel der Geschichte ist die Wiederkehr Jesu Christi. Zu diesem Ziel trägt der Mensch nichts bei, auch nicht durch christliche Politik.« (G. H. 8, 232) Den Menschen, dem diese Zuwendung Gottes gilt, sah Heinemann illusionslos; die »totale Nüchternheit« der Bibel bestimmte sein Menschenbild (W. Koch, 25).

In diesem evangelischen Horizont zwischen Gott und Mensch hatten theologische wie politische Ideologien keinen Platz, konnten keine Personen, Ereignisse und Mächte im Positiven oder Negativen verabsolutiert werden. Weil Heinemann auf die Weltherrschaft Gottes baute, behielt er Raum zur ständigen Prüfung der Lage und Mut, neue Wege zu suchen. Weil er darauf vertraute, daß das Liebesgebot Christi allen Menschen gilt und Christus für alle Menschen gestorben ist, konnte er für eine Umkehr in Kirche wie Staat eintreten, sich immer neuer bedürftiger Menschengruppen annehmen und auch seine Gegner ernstnehmen. Weil er auf die Wiederkehr des auferstandenen Christus vertraute, sah er sich und andere Menschen zum hoffnungsvollen Denken und Handeln aufgerufen.

Von hier aus erklärt sich auch Heinemanns komplexe Verhältnisbestimmung von Kirche und politischer Welt. Er sah die Kirche primär als Ort, wo das Heil Gottes zu verkündigen war, aber doch stets auch ihre menschliche Unzulänglichkeit, ihre gesellschaftliche Bedingtheit (»auch Schrift und Bekenntnis sprechen nur in konkreten Lagen«, W. Koch, 210). Umgekehrt sah er Politik, vernunftgemäßes Vorgehen um des Nächsten willen, auch als wichtiges Betätigungsfeld des Christen (an K. Barth: »Was du Allotria nennst, ist mein Tagewerk«). So enthält sein Widerspruch gegen die geplante Aufrüstung 1950, der prophetische Augenblick in seinem Leben, eine rationale Beweisführung im christlichen Gesamthorizont.

Es gehört zu diesem evangelischen Horizont, daß er weder dauernde Sicherheit noch Problemlosigkeit garantierte. So kannte auch Heinemann Resignation, der er in Privatbriefen und -gesprächen auch gelegentlich, selten genug, nachgab. Entscheidend war, daß er sich auch in Bedrängnis immer neu zum Dienst berufen sah: ob er nun 1951, von Magengeschwüren geplagt, um des Friedens willen vom Krankenbett aus einen »Aufruf an das deutsche Volk« formulierte oder ob er 1976, schon durch die Nierenvergiftung geschwächt, um der Gerechtigkeit willen eine Lanze für die bedrängten »Extremisten« brach. Zu diesem Dienst gehörte auch, anderen Mut zu machen. »Gottes Weltregiment bleibt, auch wenn Mitspieler ausscheren«, tröstete er seinen Mitstreiter Erhard Eppler, als dieser im Wahlkampf durch einen Unfall ans Krankenbett gefesselt wurde. [242]

Heinemann hat mit Bedacht entschieden, vor welchem Publikum er seinen Horizont als Christ nannte und vor welchem er sich auf die Darlegung von Vernunftgründen beschränkte; das tat er im politischen Raum in zunehmendem Maße (»Was soll ich den Leuten mit Propheten kommen?«). Trotzdem war weder seine politische noch seine theologische Argumentation einlinig genug, daß sie hätte ohne Mißverständnisse aufgenommen werden können. Manche Journalisten und Politiker konnten oder wollten in ihm einen etikettierbaren Menschen sehen, den Quietisten, den Pazifisten etc. Es scheint, als ob nun auch Historiker mit ihm Schwierigkeiten haben, erinnert er sie doch an die verdrängte Frage nach Gott und der Geschichte, und das zugleich mit einer vielschichtigen rationalen Argumentation.

Aber auch Christen tun sich mit der Aufnahme Heinemanns schwer. Es liegt näher und ist griffiger, um konfessionalistische Lehren wie die Zweireichelehre zu streiten oder einfach, auch als Christen, für »die Freiheit«, für »den Frieden« oder für »den Sozialismus« einzutreten, als das Geflecht historischer, politischer und theologischer Bezüge zu untersuchen und zwischen Prophetie, Pragmatismus und Eschatologie schrittweise einen Weg zu verfolgen. So harrt Heinemann in Kirche und Staat noch der Entdeckung. Sie kann schwerlich in einer Modewelle erfolgen. Vielmehr werden es, wie bisher, einzelne sein, die ihm etwas abgewinnen, ob sie sich nun auf politischem Felde von ihm zum Denken und Tun anregen und ermutigen lassen oder ob sie auch seine Erfahrung als Christ aufnehmen und sich, mit ihm, auf das biblische Fundament stellen lassen, um von daher zu glauben, zu denken und zu handeln.

Werke

- Im Schnittpunkt der Zeit. Reden und Aufsätze. Darmstadt 1957 (1).
Verfehlte Deutschlandpolitik. Irreführung und Selbsttäuschung. Artikel und Reden. 3. Aufl. Frankfurt 1970 (2).
Plädoyer für den Rechtsstaat. Rechtspolitische Reden und Aufsätze. Karlsruhe 1969 (3).
Reden und Interviews. 5 Bde., Bonn 1969-1974 (4).
Präsidiale Reden. Frankfurt 1975 (5).
Reden und Schriften, Band 1 bis 3:
 Allen Bürgern verpflichtet. Reden des Bundespräsidenten 1969-1974. Frankfurt 1975 (6).
 Glaubensfreiheit – Bürgerfreiheit. Reden und Aufsätze zu Kirche – Staat – Gesellschaft. Hg. v. D. Koch. Frankfurt 1976 (7).
 Es gibt schwierige Vaterländer. Aufsätze und Reden 1919-1969. Hg. v. H. Lindemann. Frankfurt 1977 (8).
Wir müssen Demokraten sein. Tagebuch der Studienjahre 1919-1922. Hg. v. B. und H. Gollwitzer. München 1980 (9).
M. Lotz: Gustav W. Heinemann. Bibliographie. Hg. v. Archiv der sozialen Demokratie. Bonn-Bad Godesberg 1976 (10).

Darstellungen

- Bahn-Flessburg, R.: Leidenschaft mit Augenmaß. Fünf Jahre mit Hilda und Gustav Heinemann. München 1984.
Braun, J.: Der unbequeme Präsident. Karlsruhe 1972.
Koch, D.: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972.
Koch, W.: Heinemann im Dritten Reich. Ein Christ lebt für morgen. Wuppertal 1972.
Lindemann, H.: Gustav Heinemann. Ein Leben für die Demokratie. München 1978.
Sommer, K.-L.: Gustav Heinemann und die SPD in den sechziger Jahren. München 1980.
Vincke, H.: Gustav Heinemann. Hamburg 1979.

Quelle: Martin Greschat (Hrsg.), *Gestalten der Kirchengeschichte*, Bd. 10,2: *Die neueste Zeit IV*, Stuttgart: Kohlhammer 1986, S. 225-243.